

Bezugspreis:

Für den Monat Oktober 20.— M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Preussisch, Danzig, Saar- und Rheinprovinz sowie Ostpreußen und Pommern 24.— M. für das übrige Ausland 31.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Island, Finnland, Frankreich, Holland, Preussisch, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Himmel“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigepreis:

Die einseitige Anzeigeberechnung ist folgende: 1. Zeile 1. bis 3. Tag 100.— M., 4. bis 7. Tag 80.— M., 8. bis 14. Tag 60.— M., 15. bis 30. Tag 40.— M., über 30 Tage 30.— M. pro Tag. Kleinanzeigen des jetzigen Preises 14.— M. (zwei bis vier Zeilen), jedes weitere Wort 12.— M. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 4.— M., jedes weitere Wort 2.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Preis 20.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295 und 2506-2507

Mittwoch, den 18. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Druckerei u. Inseraten-Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Neue russisch-französische Freundschaft.

London, 18. Oktober. (WIB.) Der gestrige „Tamps“-Artikel über Russland wird in der englischen Presse viel beachtet. Der Pariser Berichterstatter der „Daily Mail“ schreibt: Überall in Paris werde angekündigt, daß Verhandlungen auf Eröffnung von Beziehungen zwischen Frankreich und Russland bevorstünden. Der Zeitpunkt sei nicht weit entfernt, wo offizielle Annäherungsveruche der Sowjetregierung ein bereitwilliges Ohr im französischen Ministerium finden würden. Seit der Genuefer Konferenz habe eine entscheidende Aenderung in der Hauptrichtung der französischen Außenpolitik stattgefunden. Der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt: In der Aufregung der Wahlkampagne dürfe Großbritannien nicht die wichtige internationale Entwicklung aus dem Auge verlieren, die stattfindet. Wenn die britischen Diplomaten nicht aufpassen, so würde sich England bald in der Isolierung befinden, die um so unangenehmer wäre, als sie aus seinem eigenen Willen entstanden sei. „Daily News“ berichtet aus Moskau: Moskauer Telegramme melden, daß infolge des günstigen Eindrucks, den der französische Gesandte Herrlot über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Russland gewonnen habe, erwartet werde, daß ein französisch-russisches Handelsabkommen demnächst erdriekt werden würde.

Nach verschiedenen Meldungen soll dann Dubersac Frankreich in Moskau vertreten.

Moskau, 18. Oktober. (WIB.) Die französische Holzindustrie richtete an den Petersburger Holztrust eine Anfrage über die Möglichkeiten des russischen Holzexports und die Wiederaufnahme eines normalen Geschäftsverkehrs.

Abzug der Japaner.

Moskau, 17. Oktober. (WIB.) Aus Tschita wird der Beginn der Räumung Wladiwostok durch die Japaner gemeldet. Die 6. Division ist bereits verladen. Am 25. Oktober wird der letzte Transport Wladiwostok verlassen. Gleichzeitig verläßt die japanische Militärmission Tschardin.

Entente-Appell an Morgan.

Paris, 18. Oktober. (WIB.) „Chicago Tribune“ behauptet zu wissen, daß Vierpont Morgan aufgefordert worden sei, als amerikanisches Mitglied in die geplante neue Kommission zur Stabilisierung der deutschen Mark einzutreten. Diese Kommission sei das Kernstück des Bradderyschen Projekts. In englischen Kreisen der Reparationskommission habe man versichert, daß Morgan vertraulich zugesichert habe, der Aufforderung nachzukommen, wenn es alle beteiligten Mächte in freundschaftlichem Einvernehmen wünschlich. Braddery beabsichtige, die Mark auf etwa 750 für einen Dollar zu stabilisieren, während er noch vor einigen Wochen sich mit der Absicht getragene habe, die Stabilisierung auf 500 vorzunehmen. Ein weiterer Ausschub werde möglicherweise zwingen, 1000 anzusetzen.

London, 18. Oktober. (EP.) Gestern ist hier ein Sondergelande des Präsidenten Harding, William Thompson, eingetroffen, mit einer besonderen Mission in Europa beauftragt, über deren Charakter aber nichts bekannt ist.

Barthous Gegenvorschlag.

Paris, 17. Oktober. (WIB.) Die Reparationskommission wird am Freitag die Lage infolge des weiteren Marksturzes und den Vorschlag von Sir John Bradburn prüfen. Es besteht die Möglichkeit, daß Barthou einen Gegenvorschlag für die Kontrollmaßnahmen über die deutschen Finanzen vorlegen wird. — Laut dem „Petit Parisien“ wird Poincaré heute nachmittags Kenntnis von dem Vorschlag nehmen.

Verschiebung der Brüsseler Konferenz?

Paris, 18. Oktober. (EE.) Nach dem „Matin“ wird es immer wahrscheinlicher, daß England den Ausschub der Brüsseler Konferenz wünsche, und auch die belgische Regierung sei der Ansicht, daß eine Teilnahme Amerikas an dieser Konferenz nicht zu erwarten sei, weshalb man einen besseren Augenblick abwarten solle. In Paris glaubt man, daß es besser sei, wenn die Brüsseler Konferenz nicht während der englischen Wahlen stattfindet und daß die neue englische Regierung die englischen Konferenzteilnehmer instruiere. Aber Frankreich könne einer Vertagung der allgemeinen Debatte über das Reparationsproblem nur zustimmen, wenn in der Zwischenzeit keinerlei Entscheidungen getroffen werden, durch die der Lösung dieses Problems vorgegriffen werde. Das die Zahlungen Deutschlands anbelangt, so wird keinerlei Beschluß gefaßt werden, solange eine Möglichkeit besteht, daß gleichzeitig das Problem der interalliierten Schulden geregelt wird.

Um die englischen Neuwahlen.

In einer Kritik Lloyd Georges und seines Regierungssystems machte der unabhängig-konservative Führer Lord Salisbury dem Premier den Vorwurf, er habe es nicht verstanden, eine ernste Krise zu vermeiden, und diese Krise habe der englischen Außenpolitik einen schweren Schlag verleiht. Sie hätte vermieden werden können. Lloyd George habe auf das griechische Pferd gesetzt, als die Türken schon unbestreitbare diplomatische Erfolge errungen hätten. — Trotz alledem aber gibt Salisbury dem jetzigen „schlech-

ten“ System noch den Vorzug vor dem „schlechteren“, das er von einem Wahlsieg der Arbeiterpartei befürchtet. Der „Evening Standard“ teilt mit, daß man in zuständigen politischen Kreisen schon Vermutungen über die Zusammensetzung des künftigen Kabinetts der Arbeiter anstellt und als wahrscheinlichen Ministerpräsidenten Clynnes, ferner Henderson als Justizminister, Halbane als Lordkanzler, Snowden als Schatzkanzler, Tom Shaw als Außenminister, Thomas als Kriegsminister und MacDonald als Staatssekretär für Indien nenne.

Lloyd George wird am Sonnabend im größten Kinosaal von Leeds reden; es heißt jetzt wieder, daß die Neuwahlen bis zum Januar verschoben werden sollen.

Kommunistenausweisungen in Paris.

Paris, 18. Oktober. Die Pariser Polizei hat zu Reklamezwecken gestern zwei ausländische kommunistische Delegierte zum französischen Kommunistenkongress verhaftet, die der italienischen bzw. ungarischen Partei angehören. Der französische kommunistische Kongress beschäftigt sich noch immer mit der Frage der Taktik der Partei, d. h. er sucht eine Verständigung zwischen den verschiedenen Richtungen der Partei zu finden. Diese Debatte soll heute fortgesetzt werden. Als Vertreter der russischen Kommunisten sprach gestern Manuilsky und erwähnte, es sei das erste Mal, daß ein russischer Kommunist einem Kongress der französischen Kommunisten beizuhöhe.

Die Reichspräsidentenwahl.

Heute um 10 Uhr vormittag traten die Fraktionsführer abermals beim Reichskanzler zu einer Besprechung zusammen. Auch sie blieb ohne Ergebnis. Man sprach über einen Vorschlag des Zentrums, die Wahl am 1. Juli 1925 vorzunehmen und bis dahin den gegenwärtigen Reichspräsidenten durch verfassungänderndes Gesetz in seinem Amt zu bestätigen. Die Sozialdemokraten stimmten diesem Vorschlag nicht zu. Heute nachmittag berät die sozialdemokratische Fraktion.

Ein Münchener Faschistenanschlag.

Auf die preussische Gesandtschaft. München, 18. Oktober (WIB.) In der hiesigen preussischen Gesandtschaft ist man einem Aufschlag auf die Spur gekommen, der glücklicherweise noch rechtzeitig entdeckt werden konnte. Bei dem Einheizen der Zentralheizung des Palais, das zum Teil an die Rhein-Main-Donau-K.G. vermieht ist, und in dessen Räumen sich die Privatwohnung und die Kanzlei des Gesandten befinden, zeigten sich Störungen, die eine unerwartete Anflutung fanden. Es wurde festgestellt, daß der Hauptkahn des Kessels derart zugedrückt war, daß es zwei Männern nur mit aller Kraft gelang, ihn zu öffnen. Außerdem waren Gegenstände einmontiert, so daß das Abfließen des Wassers nicht gehindert werden konnte. Nach Ansicht der Sachverständigen liegt zweifellos ein Anschlag vor, der, falls er nicht rechtzeitig entdeckt worden wäre, zu einer Kesselexplosion, Beschädigung des Gebäudes und Gefährdung von Menschenleben hätte führen können. Die Ermittlungen nach den Tätern sind im Gange.

Der Wiener Parteitag.

Nach Einschlag des Parteirats und Beendigung der großen Debatte über die Genfer Abmachungen beschäftigte sich der Parteitag der Sozialdemokratie Deutschösterreichs mit dem inneren Leben der Partei. Er beschloß die Erhöhung des Parteibeitrages um tausend Kronen im Monat. Julius Deutsch zeigte in einer temperamentsvollen Rede die machtpolitischen Rüstungen der Reaktion in der Gestalt des Faschismus, der sich in jedem Lande in anderer Abtönung und unter anderem Namen, aber in vollem Wesensgleichheit gefahrrohend ausbreite. Ihm sei Widerstand durch die Wehrhaftmachung des Proletariats, insbesondere durch die Wehrhaftmachung der proletarischen Jugend zu bieten. Darum seien die Arbeiter für die Noe auf das kräftigste zu fördern und ihr Wirkungsfeld sei auch auf die jugendlichen Arbeiter zu erstrecken. Vor allem aber sei der Arbeiterordnerorganisation das größte Interesse zuzuwenden. Der Parteitag beschloß in diesem Sinne. Glücklich gedachte des Kampfes gegen die frechen Übergriffe des Faschismus in der Schule und Max Winter der Bedeutung der Kinderfreundebewegung. Das Verständnis des Parteitag für die Notwendigkeit des ersten Kampfes gegen die Alkoholgefahr kam in der Resolution zum Ausdruck, auf dem nächsten Parteitag, wenn es die Verhältnisse erlauben, die Alkoholfrage als besonderen Punkt der Tagesordnung zu behandeln, und in dem einstimmigen Beschluß, die Feler des 1. Mai und 12. November (Tag der Republik) alkoholfrei zu begehen.

Der Dolmetscherverschleicher, die die Türken durchaus in Smyrna abholen wollen, soll nach England zurück eine alliierte Sachverständigenkonferenz voraussetzen. Frankreich wünscht Paris als Tagungsort. Französische Militär wetzen griechische Pländerungen usw. beim Abzug aus Osttrazien.

Die städtischen Arbeitsnachweise.

Gegen die Geze der bürgerlichen Presse.

Zur Durchführung des neuen Arbeitsnachweisgesetzes geht Berlin zu einer planmäßigen Durchorganisation seiner Arbeitsnachweise auf die 20 Bezirke über. Wie fast bei jeder Maßnahme des Berliner Magistrats begann auch diesmal eine heftige Preßkampagne in der bürgerlichen Presse. Besonders die Ausführungen im „Berliner Lokal-Anzeiger“ vom 4. Oktober, 5. Oktober und 6. Oktober 1922 und von Dr. Paul Michaelis im „Berliner Tageblatt“ vom 5. Oktober 1922 dürften den Kenner des Berliner Arbeitsnachweiswesens ohne Rücksicht auf seine Parteistellung lebhaft in Erstaunen gesetzt haben.

Das Landesarbeitsamt Groß-Berlin, das in seiner jetzigen Form seit etwa Jahresfrist errichtet ist, führt die im Arbeitsnachweisgesetz vorgesehenen Aufgaben in der Hauptsache schon durch. Es muß jetzt nur in seinem organisatorischen und verwaltungsmäßigen Aufbau den Vorschriften des Gesetzes angepaßt werden. Es ist zu erwarten, daß durch den weitgehenden Einfluß, den der Verwaltungsausschuß nach dem Arbeitsnachweisgesetz bekommen hat, die in ihm ausschlaggebenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter den weiteren Ausbau ganz nach den praktischen Bedürfnissen des Wirtschaftslebens vornehmen werden. Diese Interessenten werden sicher nicht geneigt sein, wie von einigen Seiten befürchtet zu werden scheint, den Arbeitsnachweis nach irgendeinem „Prinzip“ einzurichten und ihn in ein für die Berliner Verhältnisse nicht passendes Schema zu pressen.

Es muß als ein erfreulicher Erfolg des Landesarbeitsamts hervorgehoben werden, daß es ihm gelungen ist, in kurzer Zeit durch Zusammenlegung leistungsunfähiger Einrichtungen einzelner Vorortgemeinden die Zahl der öffentlichen Arbeitsnachweise von 80 auf 20 zu vermindern. Dabei werden von den jetzt in der Einrichtung begriffenen 20 Bezirksarbeitsnachweisen 6 auf das Gebiet von Alt-Berlin verteilt werden, das bis zur Inangriffnahme der Neuorganisation nur über zentrale Vermittlungseinrichtungen für die Gesamtvermittlung der ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen verfügte und gleichzeitig die überwiegende Sachvermittlung für Groß-Berlin durch zentrale Einrichtungen zu bewältigen suchte. Die jetzt vorgesehenen 20 Bezirksarbeitsnachweise sind nach der wirtschaftlichen Struktur der Bezirke abgegrenzt. Sie werden nach einheitlichen Gesichtspunkten ausgebaut, so daß nicht, wie bisher, einzelne Bezirke ganz mangelhafte Arbeitsnachweise, in denen Männer und Frauen, Gelehrte und Ungelernte noch in einem Raum vermittelt werden, besitzen, während andere Bezirke über vorbildliche Einrichtungen verfügen. Die Frage der Zentralisation der Vermittlung ist längst keine Prinzipienfrage mehr, sondern lediglich eine praktische Frage, die nach rein sachlichen Gesichtspunkten beantwortet werden muß. Bei dem Gebietsumfang von Groß-Berlin und nach den Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit ist jetzt für Sachkundige eine Diskussion über die zwingende Notwendigkeit der jetzt durchgeführten Organisation gar nicht mehr möglich. Es muß darum lebhaft beklammert werden, wenn in der Presse behauptet wird, daß zwanzig neue öffentliche Arbeitsnachweise in Berlin geschaffen werden sollen, um für schon vorhandene unwürdige Beamtenstellen zu schaffen und „bewährte Parteifreunde“ an die Futtertrappe zu bringen. Der Personalbedarf in den öffentlichen Arbeitsnachweisen ist in der letzten Zeit nicht vermehrt, sondern vermindert worden. Neueinstellungen sind weder notwendig noch beabsichtigt; es kann im Gegenteil damit gerechnet werden, daß man in Zukunft durch eine Verbesserung der Vermittlungstechnik und der Zusammenarbeit der einzelnen Bezirksarbeitsnachweise unter der Leitung des Landesamts mit weniger, aber dafür besser gefeiteten und geschultem Personal auskommen wird.

Die 20 Bezirksarbeitsnachweise, die jetzt unter Leitung des Landesamts errichtet sind, bedeuten eine Vereinfachung gegenüber dem früheren Zustand mit erst 43 und dann 30 Arbeitsnachweisen, die als vollkommen selbständige Einrichtungen in den Vorortgemeinden unter eigenen Deputationen bestanden und oft nicht nur nicht mit, sondern gegeneinander arbeiteten. Wollte man nur eine Zentralstelle und in den Bezirken Nebenstellen errichten, so würden die Bedürfnisse in den Bezirken nicht genügend berücksichtigt werden und die Bezirksverwaltungen in ihrem Interesse und ihrer Arbeitsfreudigkeit beeinträchtigt werden. Sie würden über Bevornundung durch die Zentralverwaltung klagen.

Die Mängel der früheren Organisation des Arbeitsnachweiswesens und der Erwerbslosenkontrolle kommen deutlich zum Ausdruck in den Zahlen der langfristig Erwerbslosen in Groß-Berlin, die im Verhältnis zu den Erwerbslosen im Reich und in Preußen außerordentlich hoch waren. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die langfristig, d. h. länger als 6 Monate unterstützten Erwerbslosen nicht gleichbedeutend sind mit den länger als 6 Monate Arbeitslosen, deren Zahl ein Mehrfaches der Unterstützten ohne Berücksichtigung der Kurzarbeiter betragen hat. Es waren am 30. April 1921 von 136 394 Unterstützten 43 914 = 32,19 Proz. länger als 6 Monate unterstützt, während der Durchschnitt in Preußen 21,70 Proz. und im Reich 22,71 Proz. betrug. Im Mai 1922 hatte Groß-Berlin noch

27 116 Arbeitererwerbslose, darunter 12 252 = 45,2 Proz. langfristige, gegenüber 23,9 Proz. im Reich und 29,10 Proz. in Preußen. Nach strenger Durchführung der Kontrollmaßnahmen und besserer Zusammenarbeit der Erwerbslosenfürsorge mit dem Arbeiternachweis ist es gelungen, die Zahl der Erwerbslosen schnell herunterzudrücken. Ende September d. J. waren nur noch 2341 Erwerbslose und davon 78 = 3,3 Proz. langfristige, in Groß-Berlin vorhanden.

Es ist ferner erinnerlich, wie schwierig sich die Ueberführung der Berliner Erwerbslosen in die Bedarfsgebiete gestaltet hat, insbesondere in die Landwirtschaft. Es erwies sich als unmöglich, aus dem Heer der sich in den Berliner Arbeitsnachweisen drängenden Arbeitslosen die wirklich für die Landwirtschaft geeigneten auszufordern. Nur ein nach Bezirken und sachlich gegliederter Arbeitsnachweis kann durch sorgsame individuelle Behandlung derartige Fehlvermittlungen vermeiden.

Ebenso sind wirksame Umschulungsmaßnahmen, wie beispielsweise die Umschulung von Bauhilfsarbeitern zu Bauhandwerkern, die sich in diesem Jahr als dringend notwendig erwiesen hat, nur durchzuführen, wenn die einheitlichen Richtlinien vom Landesamt mit den Interessenten beraten und festgesetzt werden und die Erfassung der für die Umschulung geeigneten Arbeitnehmer und Betriebe vom Bezirksarbeitsnachweis übernommen wird, der sein Gebiet genau kennt. Weder Massenvermittlungsstellen noch bedeutungslose Zwergeneinrichtungen, wie wir sie früher in Groß-Berlin zahlreich hatten, sind in der Lage, derartige Maßnahmen richtig auszuführen. Das selbe gilt für jede Art Nachschulung und Arbeitsberatung. Auch Aufgaben der produktiven Erwerbslosenfürsorge lassen sich in Groß-Berlin nur lösen, wenn das Landesamt die Leitung in der Hand hat, die in anderen Landesämtern gemachten Erfahrungen auswertet und der Bezirksarbeitsnachweis die Auswahl unter den Erwerbslosen trifft.

Der öffentliche Arbeitsnachweis hat im Geseh keine Monopolstellung erhalten; er muß durch die Güte seiner Einrichtungen, seine Leistungsfähigkeit und Ueberlegenheit über die anderen Formen der Arbeitsvermittlung erweisen. Es kann nur dankbar anerkannt werden, daß es der Deputation für Arbeit und Gewerbe gelungen ist, die Neuorganisation des Groß-Berliner Arbeitsnachweises so weit zu fördern, daß jetzt bei Inkrafttreten des Arbeitsnachweisgesetzes schon die Vorbedingungen bestehen, um die dem Landesamt und dem öffentlichen Arbeitsnachweis im Geseh zugewiesenen Aufgaben und die in absehbarer Zeit zu erwartende Arbeitslosenversicherung durchzuführen.

Die „edelsinnigen“ Mörder.

Maurenbrecher befinzt sie.

Die „Deutsche Zeitung“ hatte vorgestern mittels gefälschter Zitate behauptet, daß der „Vorwärts“ das Attentat Friedrich Adlers verherrlicht hätte. Wir haben sofort nachgesehen, wie großlich unser Text verstümmelt worden war. Aber heute erst wird der Zweck des ganzen Wanders klar: die „Deutsche Zeitung“ bringt nämlich einen zweispaltigen Artikel Max Maurenbrechers zur Verherrlichung der Rathenau-Mörder. Der Angriff gegen uns sollte nicht nur die Deckung für diesen Artikel sein, in dem es u. a. heißt:

Es ist im Grunde Edelmütigkeit, nicht Gemeinheit, was sie (die Rathenau-Mörder) zu Verbrechern gemacht hat. Sie haben in einer demokratisch entnernten Zeit auf ihre Offizierschule und auf ihr Ehrenwort, auf Führertum und Gehorsam, auf Unterordnung in ihrem Kreis und unbedingten Gehorsam.

Also nunmehr wissen wir, daß Rathenau aus Edelmütigkeit ermordet worden ist. Maurenbrecher kann aber noch höher. Er schreibt:

Sie (die Rathenau-Mörder) leben in ihrer persönlichen Lebensführung nicht wie die Erzberger und Scheidemann, die ihre politische Tätigkeit als Hungerleider begannen und als oppositionelle Parlamentarier und Oppositionsminister zu riesigen Vermögen kamen.

Düstere Gegend.

Von Jost.

Wir sind also zum Kloster Engelsburg gepilgert. Rämlich: das Kloster steht auf der Spitze des Engelsberges, der einen feinen Wein hervorbringt. Aber der ehrwürdige Bruder bot uns nur Apfelmost, Bier und schmale Limonade an. Ein altes Weibchen, mit dem ich längst ein Gespräch anknüpfte, als wir die 400 Stufen wieder hinunterstiegen, erklärte uns, daß „sie“ schon seit 12 Wochen keinen Wein mehr hätten. Aber in der „Krone“ unten gäbe es noch Bischofsberger.

Der Bischofsberg ist der Nachbarberg des Engelsberges und der Wein ist dort fast ebenso gut.

Berdüht und unsicher, obwohl wir ganz lädiisch gekleidet waren, sagte die Kronenwirtin auf mein höfliches Ersuchen: sie werde „nachsehen“. Ich hatte nämlich genau wie das erwähnte alte Weibchen, „a Schöpple Bischofsbärger“ gesagt.

Die Kronenwirtin betriet sich lange mit ihrem Mann. Wir bekamen einen abschlägigen Bescheid. 1920er wäre noch da.

Wir gingen vom „Grünen Baum“ zum „Goldenen Baum“, von da zum „Weißen Korb“. Vergebens. Endlich, dem Verzweifeln nahe, nachdem wir beim „Schwarzen Bären“ an drei verschlossenen Türen gepöcht hatten, fand ich hinten, neben dem Stall, noch eine vierte Tür. Das war die richtige.

Mit der natürlichsten Miene, als käme ich täglich durch diesen Schleimweg, entbot ich der Bärenwirtin meinen Gruß. Vom Better kamen wir auf die Feibarbeit, die Ernteaussichten usw. Dann kam der entscheidende Satz: „Gäwwe Se uns a Schöpple Bischofsbärger, amwer Kanunzwanziger.“

Ich hatte die Bärenwirtin offenbar überrumpelt. Außerdem war ihr Mann abwesend.

Ebenso selbstverständlich schenkte sie uns zwei Schoppen ein; jedem einen. Und rechnete uns nur zwei Mark mehr als den notleidenden Bauern.

„Na ja“, sagte mir nachher ein weißer Mann, „warum sollen die Bauern den Wein nicht selber trinken? Sie haben alles, was Sie brauchen: Neue Häuser, neue Möbel, neue Wäsche, jeder mindestens sechs Paar Schuhe; was sollen Sie mit dem Papier machen?“

Ich war aber doch hochbefriedigt, denn es war mir gelungen, ihnen ein Schöpple abzugeben. Herrschaffen, war der süß und stark!

Daß die nationale Landwirtschaft durch die niedrigen Preise zum Lieferstreit veranlaßt wird, davon war ich nun festest überzeugt. Hinzu mit den Preisen für Kartoffeln und Getreide! Dann wird für den Nährstand die Hälfte der Anbaufläche genügen, um alles zu haben, was er braucht und er kann zu seinem Wein noch Cognac trinken.

Es war schon Nacht, als wir über Regensburg nach Binz und weiter südwärts fuhren, eine schwarze, stern- und mondlose Nacht. Der Zug fuhr mit österreichischer Gemütlichkeit. Ich lugte hinaus nach den Dörfern, um mich zu orientieren.

Erzberger ist von der Bande gemeuchelt worden, Genosse Scheidemann wäre auf ein Haar ihr Opfer geworden. Ist es schon ein Gipfel der Niedertracht, das Nordgesindel auf Kosten seiner Opfer herauszustreichen, so wird die Sache noch schlimmer durch die elende Verleumdungssucht. Es ist überflüssig, Genossen Scheidemann an dieser Stelle gegen hundertmal widerlegten Klatsch zu verteidigen. Aber feststellen wollen wir, daß es in schreiendem Gegensatz zu den Prozeßergebnissen steht, wenn Max Maurenbrecher an drei Stellen seines Artikels die „Reinheit der Lebensführung“ der von ihm geliebten Nordgesellschaft betont, wenn er z. B. schreibt:

„Katholische Existenzen“ sind sie (die Rathenau-Mörder) nicht, in keinem Sinne des Wortes. . . Katholika und seine Leute waren eine sittlich verwüstete Gesellschaft heruntergekommener Schlemmier, allesamt bis über die Ohren verschudet, die mit der proletarischen Revolution nichts anderes wollten, als sich ihren Gläubigern auf eine anständige Weise zu entziehen. Deren Gegenbilder sitzen heute zu Tausenden unter Sozialisten und Kommunisten. Zu ihnen gehören diese nationalen Jünglinge nicht!

Was hat der Prozeß ergeben? Die Ermordung Rathenaus wurde in Diefen und Vorfürstben, bei Sekt- und Wein gelagen verabredet. Kern ließ bei seinem Eintreffen in Berlin sofort Wein ansahen, und auf die vermunderte Frage eines der jüngeren Nordkomplizen, woher denn das Geld käme, hatte er nur die bezeichnende Antwort: „Dafür langts immer noch.“ Für Tilleßen und Genossen war die Verschwörerstätigkeit ein einträgliches Geschäft; die Hardten-Attentäter ließen sich 30 000 M. in bar auszahlen, die sie zur Tat schritten und brachten das Geld auf der Stelle mit Weibern durch. So sehen die von Maurenbrecher gepriesenen „nationalen Jünglinge“ aus, zu deren höherem Ruhme ohne jeden Beweis die sozialistische Jugend verunglimpft wird! Die Tschow und Genossen waren in der Tat „katholische Existenzen“. Die Glorifizierung dieser Gesellschaft kennzeichnet das moralische Niveau ihrer deutschnationalen Anhänger und Verehrer.

„Rano“.

Man schreibt uns: Ein sich des besten Seumunds erfreuender Berliner bewarbt sich, da er beschäftigungslos war, um eine Stelle im Rano (Reichsarbeitsnachweis für ehemalige Offiziere, Heeresangehörige und Polizei). Diese Einrichtung, die ja aus reiner Menschenfreundlichkeit und Nächstenliebe, ohne nach Konfession und politischer Gesinnung zu fragen, allen ehemaligen Offizieren und Heeresangehörigen Stellen verschaffen soll, hat in letzter Zeit in recht fürsorglicher Weise für die Beamten der Polizei, insbesondere der Schutzpolizei, dieses Amt übernommen. Einem um Arbeit nachsuchenden wurde heute folgende Auskunft:

„Es tut uns sehr leid, daß wir uns für Sie nicht verwenden und eine Stelle nicht beschaffen können, da die Ermittlungen ergeben haben, daß Sie der Sozialdemokratischen Partei, also schlecht gesinnten Leuten angehören.“

Der Betreffende sah, daß der mit ihm Sprechende, ein früherer Major, ein ziemlich umfangreiches Aktenstück vor sich hatte, aus dem er seine Weisheit über den Bittsteller nahm. Ein Zeichen, daß die Herren doch gut informiert sein müssen über die politische Stellungnahme des einzelnen, aber auch ein Zeichen dafür, daß einmal alle Sozialdemokraten, also auch unsere sozialdemokratischen Reichs- und Landesminister, schlecht gesinnte Leute sein müssen, und zweitens, daß von einer unparteilichen, nur aus sozialem Wohlwollen stammenden Arbeitsvermittlung des berühmten Rano wohl keine Rede mehr sein kann.

Ganz besonders aber sollen sich dies einmal die Beamten der Schutzpolizei merken. Es soll nämlich schon passiert sein, daß (unfreiwillig oder freiwillig) entlassene Beamte, die den Nachweis bringen, daß sie erstens einer Rechtspartei, am liebsten der Deutschnationalen Volkspartei, angehören, und zweitens, daß sie nicht Mitglieder des verhassten Schradler-Verbandes sind, ohne weiteres eine Stelle bekommen, ja, daß man sich an die Verbandsleitung des Reichsverbandes sogar schon gewandt hat, um darauf aufmerksam zu machen, daß Stellen für tüchtige, ge-

staltungstreue Polizeibeamte frei sind. Es wäre vielleicht überhaupt einmal ganz gut, wenn man sich von zuständiger Seite ein wenig mit der Institution und mit den Bureauräumen des Rano beschäftigte, vielleicht — käme allerlei Interessantes dabei heraus.

Zentrum und Bayerische Volkspartei.

Aus der letzten Sitzung des Reichsausschusses der Zentrumsparlei teilt die „Germania“ mit, daß dort der Abg. Hofmann-Ludwigshafen einen Vortrag über das Verhältnis des Zentrums zur Bayerischen Volkspartei gehalten habe. Der Reichsausschuss sei der einheitlichen Meinung, „daß eine Wiedervereinigung im Interesse der Erhaltung und Festigung der christlichen Kultur und der Kräftigung des Reichseinheitsgedankens in der jetzigen trostlosen Lage unseres deutschen Volkes anzustreben sei.“

Diese Wiedervereinigung würde unter den gegenwärtigen Umständen ohne einen katastrophalen Rechtsbruch des Zentrums nicht zu bewerkstelligen sein. Das Zentrum hat seinem reaktionären rechten Flügel die Domäne Bayern komplett überlassen, die Ideen der Demokratie und der Reichseinheit haben infolgedessen im früheren bayerischen Zentrum, das heute Bayerische Volkspartei heißt, allen Boden verloren. Außerhalb Bayerns aber ist die fortschrittlichere Richtung im Zentrum zu stark, als daß die Wiedervereinigung ohne den Verlust wertvoller Elemente vollzogen werden könnte.

Nahrungsnot und Alkohol.

Der Arbeiter-Abstinenzbund hat an den Reichskanzler folgende offene Anfrage gerichtet:

Herr Reichskanzler! Nach Zeitungsberichten haben Sie vor Vertretern der ausländischen Presse die Sicherung der Brotversorgung des Volkes als die wichtigste Aufgabe der Regierung bezeichnet. Sie erklärten: „Erst Brot für das Volk, dann Wiederherstellung.“ Aus Gründen reiner Menschlichkeit müssen wir unserem Volke das Brot sicherstellen, um zu verhindern, daß es in Elend und Verzweiflung verfinstert. Ist Ihnen bekannt, daß trotz der stets wachsenden Schwierigkeiten, aus dem Ausland genügend Getreide für die Brotversorgung zu erhalten, dauernd im Inland gewaltige Mengen Getreide zur Herstellung eines überflüssigen, ja schädlichen Genussmittels verwendet werden? Wissen Sie davon, daß im Rechnungsjahre 1921 nach den Erhebungen des statistischen Reichsamtes in Deutschland 13 Millionen Zentner Getreide zu Bier vergoren worden sind?

Was gedenken Sie zur Beseitigung dieser unverantwortlichen Bergendung wertvollen Brotgetreides zu tun? Die darbenenden Massen erwarten eine schnelle Antwort.“

Die Anfrage der abstinenten Genossen ist durchaus berechtigt. Auch der Alkoholkonsument muß einsehen, daß erst die Brotversorgung des Volkes gesichert sein muß, ehe Getriebe in Bier verwandelt werden darf. Die neue Verordnung der Regierung betr. die Einschränkung der Bierherstellung ist gänzlich unzureichend, da dadurch nur eine ganz geringe Verminderung des Getreideverbrauchs erreicht wird.

In München soll übrigens zum heurigen Oktoberfest — trotz dieser Verordnung — wieder 13prozentiges Starbier hergestellt werden. In der „Ordnungszelle“ scheint man nicht nur die Uebertretung von Gesehen zum Schutz der Republik, sondern auch die Uebertretung von Gesehen zum Schutz der Volksernährung als bayerisches Referatortrecht anzusehen. Oktoberbier ist natürlich eine „Stammeseigenart“, die gegen Eingriffe des Reichs verteidigt werden muß!

Klara Jeklin oder Ledebour? Die Ledebour-Gruppe hat nun gleichfalls ihren Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl aufgestellt. Er heißt natürlich Ledebour. Also, der Kampf kann beginnen!

Rücktritt Dr. Hummels. Aus Karlsruhe wird gemeldet: Staatspräsident Dr. Hummel hat jüngst dem badiischen Kabinett von seiner Absicht Mitteilung gemacht, mit Ablauf seines Staatspräsidentenamtes sein Amt als Unterrichtsminister niederzulegen. Er ist zu diesem Entschluß gekommen, weil er ein Angebot nicht zurückweisen zu dürfen glaubt, das ihn wieder auf das Gebiet seiner eigentlichen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen zurückführt. Dr. Hummel wird nach Rücktritt von seinen Kemiern unter Beibehaltung seines Landtagsmandats in die Gemische Großindustrie übertreten.

Aber es kam nichts. Nur schwarz in schwarz. Und immer so fort, stundenlang. Eine Nachtwüste.

Da fiel es mir ein: Als ich vor drei Jahren zum ersten Male durch die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs fuhr und morgens beim Fenster Ausschau hielt, um zu sehen wo wir waren, sah ich zunächst nichts.

Nichts als eine rostgraue, endlose, tote Fläche. Nur Unkraut, mannshohes weiches Unkraut. Stundenlang fuhr mir so, bis die ersten sichtbaren, vom Unkraut noch nicht überwucherten Mauerstümpfe auftauchten. Hier hatte der Krieg Triumphe gefeiert.

Und nun wieder so eine Wüste. Kein Licht schimmernde, das uns die tröstliche Gemüthsheit menschlicher Ansiedlung gegeben hätte. Das einst so fröhliche Oesterreich liegt im Finstern. Auch das ist der Krieg. Immer noch.

Schillertheater: „Rosenmontag“, von Otto Erich Hartleben.

Hartlebens früher so oft gespieltes Offiziersdrama wirkt heute bereits wie ein historisches Dokument, das von verurteilten Welten Kunde gibt. Ohne daß der Autor irgendwie ein Tendenzstück wider den preußischen Militarismus beabsichtigt hätte, spiegelt das Werk doch das Wesen des bden Kostenhochmuts die festsichere Verkrüppelung und Verblöschung, die in dessen Tendenzen liegt, frappant eindringlich wider. Die schmutzig-verleuderischen Schlegelungen, mit denen die beiden Randdase, die Vettern des jungen Offiziers, dessen Karriere durch die Liebe zu einem waderen, aber nach dem Ehrenkodex nicht standesgemäßen Mädchen gefährdet scheint, ihn loszureißen suchen, die Brutalität des älteren Kameraden, der ihnen Beihilfe leistet, leuchten in die abgründige Verlebung menschlichen Empfindens tief hinein, stimmen in den Grundzügen überreichend mit den Erinnerungen zusammen, die ehemalige Kadettenschüler wie Werner von Schulendorf, neuerdings veröffentlicht haben. Das ist der Hintergrund des Ganzen, der durch die bunte, hier und da auch heitere Romantizität der Szenen überall hindurchschaut.

Es mutete wie Selbstverpottung an, daß ein Teil des Publikums der Rede, in welcher ein hingerichteter büraerlicher Kommerzienrat das militärische Regime im Kreis der Offiziere feiert, klatschend applaudiert. — Unter den Figuren des Offizierkorps traten die beiden Gegenpole, der roh-gewissenlose Streber und Schürzenjäger des Herrn Willi Eberhardt und Hans Rudorfs aufrechtlicher Freund in der Darstellung durch Paesche mit scharf umrissener Charakteristik hervor. Zu den weichenmütigen Heiden, der, als die Verleumdung durchschaut, zu der verlassenen Geliebten zurückkehrt, um dann ohnmächtig die Schlingen, in die er sich verstrickt hat, zu zerreißen — noch durchdrangter Rosenmontagsnacht; mit ihr zu sterben, gab Albert Johannes, ein noch ganz jugendlicher Schauspieler, mit wechselndem Gesingen. Gertrud Sella war eine sympathisch schlichte Traute. Wenzels Offiziersburleske rief viele Heiterkeit hervor.

Holländische Konzerte in Deutschland. Anlässlich der sich auf Hamburg und Berlin erstreckenden Deutschland-Reise des Amsterdamer Concertgebouw-Orchesters, das unter seinem Dirigenten Willem Mengelberg in Hamburg mehrere Konzerte veranstaltet, fand Dienstag nachmittag im Ham-

burger Rathaus ein Empfang statt. Bürgermeister Dr. Diefel hieß die holländischen Gäste herzlich willkommen und hob unter Hinweis auf die unlösbar verbundenen Schicksale Hollands und Deutschlands hervor, daß für Europa keine bessere Zeit kommen würde, bevor nicht beide Völker erkannt hätten, daß sie durch eine Schicksalsgemeinschaft zu einer Einheit verbunden seien. Dr. Diefel sprach schließlich den Wunsch aus, daß die hohe Kunst Mengelbergs in diesen festlichen Tagen unseren Mut zur Arbeit für eine neue glückliche Zeit stärken möge. In seiner Erwiderung fand der Präsident der Concertgebouw-Gesellschaft, Jonheer Koell, herzliche Worte des Dankes für den produktiven Empfang und überbrachte die besten Wünsche des niederländischen Ministers des Aeußern und des Kultusministers für ein gutes Gelingen des Musikfestes. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß es die jahrhundertalten Bande zwischen Hamburg und Holland noch mehr stärken möge.

Ende dieser Woche wird das Amsterdamer Orchester in der Philharmonie konzertieren.

Zeitungswissenschaft. Die wachsende Bedeutung, die die Zeitung im sozialen Leben der Menschheit gewinnt, findet ihren Ausdruck in der stärkeren wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Presse. Es ist in den letzten Jahren eine neue Wissenschaft entstanden, die Zeitungswissenschaft. Gelegentlich einer Besprechung eines Wertes des Nationalökonom Ferdinand Tönnies weist Conrad Schmidt in den „Sozialistischen Monatsheften“ auf diese Erscheinung hin. Unsere Universitäten und anderen Hochschulen beschäftigen sich immer mehr mit dem Zeitungswesen; es werden besondere Lehrstühle über dieses Gebiet errichtet, Seminare errichtet und Uebungen abgehalten. So hat neuerdings das Institut für Literatur und Theaterwissenschaft an der Universität Kiel eine Abteilung für Zeitungswissenschaft eingerichtet, die weiter ausgebaut und eine umfassende Vorbildung für alle Zweige des Journalismus gewähren soll. Uebungen über Geschichte des Zeitungswesens werden veranstaltet und in einer Arbeitsgemeinschaft eine Kritik der mündlichen und schriftlichen Ueberlieferungen übernommen. In der philosophischen Fakultät der Universität Freiburg wurde dem früheren schiffischen Oberlehrer Wilhelm Kapp ein Lehrstuhl für Zeitungswesen und Publizistik übertragen. An der Universität Leipzig, wo es bereits seit längerer Zeit ein Institut für Zeitungswissenschaft gibt, hat sich sogar ein besonderer Privatdozent für Zeitungswesen habilitiert, nämlich der stellvertretende Direktor des Leipziger Statistischen Amtes, Walter Schöne. Seine Habilitationsschrift behandelte den Einfluss der periodischen Presse auf die Entstehung und Entwicklung der staatswissenschaftlichen Literatur, besonders der Statistik.

Für Ernst Toller! Wie wir hören, hat der Deutsche sozialistische Studentendbund für seinen Kulturzusammen des Dichters Ernst Toller, den auch wir vermissen, bereits die ersten laudenden Ueberschriften an allen Teilen Deutschlands, und allen Volksschichten und allen republikanischen Parteien sowie der Deutschen Volkspartei erhalten. Zu den Unterzeichnern gehören u. a. die Professoren Einstein, Schilling, v. Schulze-Gävernitz, Ierner Hermann Hesse, Feinrich und Thomas Mann, Graf Harry Reber, Reichstagspräsident Ullrich u. a. Auch aus dem Auslande liegen zahlreiche Zustimmungserklärungen vor.

Bergarbeiterdebatte im Landtag.

Am Landtag wurde heute, Mittwoch mittags, die Große Anfrage der Deutschen Volkspartei über den Verlauf städtischen Hausbesitzes an Ausländer von der Tagesordnung abgesetzt, weil der Minister für Volkswohlfahrt, der beantwortet will, erst heute abend von einer Dienstreife zurückkehrt. Auch die Große Anfrage unserer Genossen über den Fall Stubenrauch, der Deutschnationalen, gleichfalls darüber, und schließlich eine Große Anfrage unserer Genossen über die Verlegung der Bestätigung von Lehrpersonen als Referenten in Berlin wurden abgesetzt. Eine Kleine Anfrage der Deutschen Volkspartei wünscht umgehend nähere Mitteilungen über den Fall des in den Rathenau-Prozess verwickelten Schülers Stubenrauch. Ancheinend will die Deutsche Volkspartei so die Debatte über den Fall Stubenrauch verhindern. Der Gesetzentwurf über die Errichtung eines Provinzialnadelverbandes Grenzmark Posen-Westpreußen wird gegen die Stimmen der Linken angenommen. Genosse Behrmann betont, daß die Sozialdemokratie gegen den Gesetzentwurf stimmen müsse, da er unnötigerweise den Beamtenapparat vermehre. — Es folgt die gemeinsame Beratung einer kommunistischen Große Anfrage über den Postbesitz auf der Zeebe „Helene-Amalie“ und eines kommunistischen Urtrags bezüglich der Anstellung von Grubentrollen.

Hilfe für die Sozialrentner.

Kritisch wird uns geschrieben: Um die schwierige Lage, in welche die Sozial- und Kleinrentner infolge der ständig sinkenden Kaufkraft des deutschen Geldes geraten sind, nach Möglichkeit zu mildern, haben Reich, Länder und Gemeinden schon seit vielen Monaten umfassende Maßnahmen ergriffen, die im Laufe der Zeit immer weiter ausgebaut sind und noch werden.

Den Sozialrentnern, d. h. den Rentenempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung, wird durch das sogenannte Notstandsmaßnahmengesetz vom 7. Dezember 1921 ein bestimmtes Mindestjahreseinkommen gesichert, dessen Höhe innerhalb gewisser reichsrechtlich bestimmter Grenzen die Gemeinden bestimmen. Soweit das von der Gemeinde festgesetzte Gesamtjahreseinkommen durch die Invalidenrente und die sonstigen Einkünfte des Rentenempfängers nicht erreicht wird, sind von den Gemeinden Unterstützungen bis zu diesem Betrage zu gewähren. Die Grenzen, bis zu denen die Gemeinden bei der Gewährung ihrer Unterstützung gehen können, sind entsprechend dem Kursrückgang der Mark wiederholt erweitert worden. Eine neue Erhöhung der Unterstützungen wird Reichsrat und Reichstag in der aller nächsten Zeit vorgelegt werden. Neben den Mitteln für eine laufende Unterstützung für Sozialrentner hat das Reich den Ländern neuerdings den Betrag von 1 Milliarde Mark zur Verfügung gestellt, die zur Beschaffung von Wintererwärmer für den Sozialrentner, insbesondere von Nahrungsmitteln und Heizstoffen, verwendet werden soll. Die auf die einzelnen Länder entfallenden Beträge sind diesen bereits zugewiesen.

Für die Kleinrentner sind für das Rechnungsjahr 1922, also für die Zeit vom 1. April 1922 bis zum 30. März 1923 500 Millionen Mark an Reichsmitteln bereitgestellt worden. Diese Reichsmittel werden auf 1 Milliarde Mark erhöht, ein größerer Teilbetrag ist ebenfalls den Ländern schon zur Verfügung gestellt. Die Verwendung der bereitgestellten Mittel ist freier gestaltet als bei den Sozialrentnern. Die Länder und Gemeinden können sie verwenden zu Einzelunterstützungen der verschiedensten Art, sowie zur Unterstützung von Heimen und Anstalten, die den Kleinrentnern dienen. Auch die freie Wohlfahrtspflege, die sich der Kleinrentner annimmt, kann aus den Mitteln unterstützt werden.

Wenn Reich, Länder und Gemeinden nach Maßgabe ihrer Kräfte für die Bedürftigen zu sorgen sich bemüht haben, so ist die Hilfe der Behörden angesichts der ungeheuren Not weitestgehend die Bevölkerung doch nicht ausreichend. Eine allgemeine Sammlung, die in der nächsten Zeit eingeleitet werden wird, soll dem Gedanken Ausdruck geben, daß es eine Aufgabe der gesamten deutschen Volksgemeinschaft ist, ihren in Not befindlichen Brüdern in dieser schweren Zeit zu helfen.

Rumänien weiß Tschechoslowaken aus! An der tschechoslowakisch-rumänischen Grenze sind etwa 4000 tschechische Staatsangehörige eingetroffen, die aus Rumänien ausgewiesen wurden; in der Hauptsache Ingenieure, Elektrotechniker, Beamte und Arbeiter, die mit vierstündiger Frist dort mußten. Die Ausgewiesenen haben zum Teil ihr ganzes Vermögen und ihre Familien zurücklassen müssen. Es erfolgen offizielle Schritte.

Kursstillstand.

Die Einschränkung des Devisenverkehrs scheint doch eine gewisse Wirkung auf die Kursbewegung der Mark auszuüben. Die gestrige New Yorker Börse meldete einen Schlussskurs für die Mark, der sich mit dem Berliner amtlichen Kurse des Dollars ungefähr deckte. Auch heute waren kennenswerte Änderungen kaum zu verzeichnen. Das Geschäft hielt sich im engen Rahmen; der Devisenbedarf des Inlandes wird vorläufig durch Angsterkäufe von 5 amsterern, die im Hinblick auf die erwartete Verschärfung der Devisenverordnung erfolgen, befriedigt.

Am Effektenmarkt hält die feste Stimmung noch an. Insbesondere scheint das Spekulationsfieber weitere Kreise in der Provinz ergriffen zu haben. Die Umsätze waren heute wieder bedeutend. Dem Börsenvorstand liegen Anträge vor, die auf die Wiedereinführung von Börsenzuhetagen hinführen. Andererseits macht sich bei einer ganzen Reihe von Banken gegen solche Pläne ein gewisser Widerstand bemerkbar, da die Spesen angeblich durch die geringen Umsätze der Vormonate nicht gedeckt wurden.

Devisenkurse.

	18. Oktober		17. Oktober	
	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Weil-) Kurs	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Weil-) Kurs
100 holländische Gulden	111238.75	113141.22	110461.75	110788.25
100 argentinische Papier-Peso	1098.20	1138.80	1018.20	1018.80
100 belgische Franc	20074.85	20125.15	19825.15	19874.85
100 norwegische Kronen	52284.55	52415.45	52164.75	52265.25
100 dänische Kronen	57777.65	57922.35	56429.35	56570.65
100 schwedische Kronen	77408.10	77596.90	75095.5	75095.5
100 spanische Peset	6796.45	6813.55	6616.17	6633.30
1 japanischer Yen	1348.30	1351.70	1348.90	1351.70
100 italienische Lire	12184.75	12250.25	11960.0	11990.0
1 Pfund Sterling	12658.90	13215.10	12594.25	12615.75
1 Dollar	2898.87	2908.63	2846.43	2853.57
100 französische Franc	21672.85	21727.15	21423.75	21476.85
1 brasilianischer Milreis	821.59	822.41	821.59	822.41
100 Schweizer Franc	58383.15	58516.85	52933.75	53006.25
100 spanische Pesetas	44195.65	44305.35	43145.80	43554.40
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	8.90	4.02
100 tschechische Kronen	—	—	9518.30	9390.70
100 ungarische Kronen	—	—	109.88	110.14
100 bulgarische Lewa	—	—	1872.05	1877.95

Der leuchtende Schuhmann.

Der Polizeipräsident im Haag soll eine neue Art der Verkehrsregelung erfunden haben, die besonders für den Nachtverkehr auf den Straßen benutzt werden soll. Die Schuhleute sind mit einer kleinen Laterne versehen, die ihren weißen Handschuh beleuchtet. Wünscht der Schuhmann ein Automobil oder einen Wagen anzuhalten bzw. den Verkehr nach einer anderen Richtung zu stoppen, so preßt er nur den zweiten und dritten Finger der Hand zusammen. Dadurch wird der Stromkreis geschlossen, und eine Lampe leuchtet auf, die seinen weißen Handschuh weißlich sichtbar grell beleuchtet. Die erhobene Hand ist so zu einem leicht erkennbaren Signal in der Nacht geworden. Sobald der Fingerdruck aufhört, erlischt das Licht. Die Erfindung dürfte auch für Berlin nicht ohne Interesse sein, besonders im Hinblick auf eine nicht sehr lichtvolle Zukunft. Wenn z. B. aus den bekannten Sparmaßnahmen heraus die Beleuchtung der Straßen noch mehr als bisher eingeschränkt werden sollte, dann kann man sich wohl vorstellen, wie der in Dunkelheit gehüllte Potsdamer Platz noch mehr als bisher eine Gefahrenquelle für die geplagte großstädtische Menschheit wird. Welch einen zäuberhaften Eindruck muß es dann machen, wenn mitten in der Dunkelheit gespensterbleich eine weiße Hand aufleuchtet und mahnend und drohend Chauffeurs und Kutscher dirigiert und dem geängstigten Fußgänger wie ein Rettungszeichen in tiefer Nacht erscheint. Aber lieber ist es uns doch noch, wenn die blendend weiße Hand des Schuhmanns in nichts versinkt.

Auf in die Parteiversammlungen!

Die ersten gemeinsamen Mitgliederversammlungen der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei finden heute abend in den Abteilungslokalen statt. Aus diesem Grunde wird der heutige Mittwoch ein wichtiger Tag im Organisationsleben der Berliner Partei sein und bleiben. Nachdem die Spaltung die Genossen so lange auseinander gebracht, sollen sie sich jetzt wieder zu dauernder gemeinsamer Kleinarbeit zusammenschließen.

Parteiengenossen, denkt an die historische Bedeutung dieses Augenblicks und erscheint vollzählig. Erinnert auch die Säumigen an die Pflicht, diese ersten gemeinsamen Mitgliederversammlungen zu Rundgebungen für die proletarische Einheit zu gestalten!

Frauenmörder Obendorf vor Gericht.

Der Prozeß verlag.

Heute früh wurde im kleinen Saale des Schwurgerichts beim Landgericht I das Verfahren gegen den Hausdiener Oskar Alfred Obendorf eröffnet, dem bekanntlich zur Last gelegt wird, seine Geliebte Anna Wrobel in seiner Wohnung, Jlonkschstr. 3, ermordet und die Leiche nach der Tat zerstückelt und teilweise verzehrt zu haben.

Obendorf macht bei seiner Vorführung den Eindruck eines erregten zerrütteten Menschen, dessen Gesichtsausdruck unheimlich lebendig ist und der mit kurzen ruckartigen Bewegungen die Vorgänge im Gerichtssaal verfolgt, sich häufig zu seinem Verteidiger R. A. Dr. Kurt Bindar niederbeugt und einen offensichtlichen Willen zu gesellschaftlichen Formen an den Tag legt. Als die Zeugen den Saal betreten, setzt er einen Knieser auf, den er sich selbst verfertigt hat. Unter den Zeugen ist auch die Schwester der Wrobel, die in wilder Erregung auf die Anklagebank zuflüchtete und dem Obendorf mit erhobenen Fäusten drohend zuruft: „Du hast meine Schwester umgebracht.“ O. hat diese Vorgänge völlig ruhig durch seinen Anwalt beobachtet.

Bei seiner Vernehmung gibt er an, daß er unehelich in Freiberg i. Sa. als Arbeiterkind geboren ist, daß seine Eltern sich aber in seinem 10. Lebensjahre verheirateten. Sein Vater war Schuhmacher, seine Mutter arbeitete in einer Spinnerei. Er war infolge der engen Wohnungsverhältnisse genötigt, von Kind auf mit seiner Schwester zusammen zu schlafen und behauptet, durch frühzeitigen Geschlechtsverkehr mit ihr seine Gesundheit zerrüttet zu haben. Er hat dann weite Wanderreisen gemacht. Schließlich kam er nach Berlin. In einem Tanzlokal in der Auguststraße will er dann Anfang Mai 1920 die Wrobel kennengelernt haben, die ihm gleich am ersten Abend in die Wohnung folgte. Er will sie am nächsten Morgen wieder fortgeschickt haben. Mitte Mai ging er dann als Bodemeister nach Wannsee. Die Wrobel sei dann immer wieder gekommen und schließlich ganz zu ihm gezogen. Sie habe ihm sehr unangenehm war, auch Männerbesuche in seiner Wohnung empfangen. Er schildert dann den Hergang in der Nacht, wie er betrunken war und auf die Wrobel eingeschlagen habe und wie er sie am Morgen in einer Kiste gefastet habe. — An die Vernehmung des Angeklagten schloß sich das Gutachten des Gefängnisarztes Dr. Hirsch, der sich im Gegensaß zu einem ausführlichen Gutachten des Gerichtsarztes Prof. Dr. Strauch befindet. Er hat den Angeklagten nur wenige Tage zu beobachten Gelegenheit gehabt und beantragt aus diesem Grunde nach § 81 StPO. die klinische Beobachtung des Angeklagten auf die Dauer von 6 Wochen. Diesem Antrage schließt sich der Verteidiger an, worauf das Gericht die Verurteilung beschloß.

Der Wegelagerer mit der Maske.

Von einem maskierten Wegelagerer wurde gestern abend in der zehnten Abendstunde ein junger Kaufmann Hugo B. aus Potsdam mit seiner Braut überfallen und ausgeplündert. Das Paar hatte von Potsdam aus einen Ausflug nach dem Grunewald gemacht und suchte abends den nächsten Bahnhof. Als es am Schlichtensee einen neben der Chaussee herlaufenden Waldweg ging, trat plötzlich aus einem Gebüsch ein elegant gekleideter Mann mit einer Pistole in der Hand hervor, rief „Hände hoch“ und nahm zunächst dem jungen Mann die Brieftasche mit 10 000 M. ab. Dann wandte er sich auch dem Mädchen zu und raubte ihm die goldene Uhr und einen Ring vom Finger. Der Räuber zog sich, ständig die Pistole auf die ausgeplünderten gerichtete, unter Bedrohungen mit der Beute in das Gebüsch zurück und verschwand. Wirt und Gäste des Lokals Schlichtenseer Hof, denen die Beraubten den Ueberfall mitteilten, benachrichtigten die Bezirkswoche Nikolassée und diese das Ueberfallkommando. Eine Streife nahm die Ermittlungen auf; die Nachforschungen blieben jedoch erfolglos, weil schon einige Zeit verstrichen und auch niemand in der Nähe gewesen war.

Ein lohnendes Geschäft.

Zwei Hebammen, ein Arzt und ein Rechtsanwalt sind wegen Verbrechen gegen das keimende Leben verhaftet worden. Die beiden Hebammen, eine Frau Jähike und ihre Tochter, Frau Opik, betrieb ihre Praxis in der Neuen Königstraße. Frau J. war wegen des gleichen Deliktes schon mehrfach bestraft worden. Zuletzt im Jahre 1907. Die Konzeption wurde ihr jedoch erst im Jahre 1920 entzogen. Seitdem benutzte sie vielfach den Namen ihrer Tochter, die mit ihr hand in Hand arbeitete. Durch unverfänglich klingende Anzeigen in Provinzzeitungen gewannen die beiden reiche Kundenschaft.

Auf Grund von Anzeigen wurde auch mehr als ein Verfahren eingeleitet, aber es kam niemals zu schlüssigen Beweisen. Nunmehr wurden beide Frauen auf Grund durchschlagender Materials verhaftet. Beide hatten die Beteiligten so bearbeitet, daß sie vor Gericht zu guter Letzt widerriefen, was sie bei den Vorvernehmungen bekundet hatten. Sie suchten zu diesem Zweck auch Kundinnen in

der Provinz unter dem Vorgeben, sich nach ihrem Befinden erkundigen zu wollen, persönlich auf oder ließen sie durch Beauftragte besuchen und bearbeiten; dabei auch andere Personen, die von den Vorgängen irgendwie Kenntnis erhalten hatten. Diese Manipulationen, bei denen auch reiche Geldmittel ohne Zweifel eine Rolle gespielt haben, erstreckten sich auch bis in die Krankenstation des Untersuchungsgefängnisses und in Krankenhäuser hinein. Die Behandlung der Kundinnen führten Frau Jähike und ihre Tochter nicht immer selbst zu Ende. Um sie ganz zu vollenden, sprangen mehrfach auch Ärzte ein, mit denen sie in Verbindung standen. Die Patientinnen blieben in solchen Fällen nur einige Tage bei den beiden Frauen, bis ein gewisses Stadium der Behandlung erreicht war, und wurden dann den Ärzten zugewiesen. Die Frauen und Mädchen, die sich in die Behandlung der beiden begaben, mußten früher 2000 M. und entsprechend dem Follen des Geldwertes nach und nach höhere Summen sofort anzahlen. Für die ganze Behandlung wurden bis zu 40 000 M. gefordert und bezahlt. Bei Beteiligung eines Arztes wurde mit diesem verrechnet. Ein Rechtsanwalt, der Frau Jähike und ihre Tochter ständig vertrat, wird beschuldigt, daß er durch dritte Personen in Betracht kommende Personen habe beeinflusst und instruieren lassen. Auch gegen ihn sowie gegen die Ärzte ist Belastungsmaterial zusammengetragen und dem Gericht übergeben worden.

Die unerschwingliche Butter.

Der Kleinhandel fordert die Zwangswirtschaft.

Seit der Aufhebung der Butterauktionen sind die Milchstände in der Milch- und Butterversorgung in Groß-Berlin noch unangünstiger geworden, als sie es vorher schon waren. Die Lage hat sich weiterhin scharf verschärft, und die durch die Butterpreise bedingte Festsetzung der Milchpreise, die von Woche zu Woche steigen, hat jetzt unter dem organisierten Milchhandel eine Bewegung ausgelöst, die die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft im weitesten Umfange (siehe an? Red.) fordert.

Wie ungesund die Preisbildung für Butter geworden ist, beweist die Tatsache, daß der Kleinhandel, um überhaupt Ware zu erhalten, 40 bis 50 Mark über den Höchstpreis für Butter zweiter Qualität anlegen muß, während erste Qualität nur noch von sehr großen Feinkostgeschäften und Hotels gekauft werden kann. Dabei läßt sich feststellen, daß der Butterkonsum der Bevölkerung in den letzten vier Wochen einen weiteren sehr starken Rückgang erfahren hat, und daß als Hauptabnehmer heute nur noch Hotels und Pensionen in Frage kommen. In erschreckender Weise ist auch der Milchverbrauch weiter Bevölkerungsteile in Berlin zurückgegangen. Während auch hier die Beobachtung zu machen ist, daß lediglich Hotels und Cafés größere Posten von Milch und Sahne, zum Teil in kondensierter Form abnehmen, ist der Verbrauch der Familien, der sich durch den Kleinhandel kontrollieren läßt, seit dem Juli um fast 30 Proz. zurückgegangen. Während noch in den Sommermonaten, als die Milchpreise erträglich waren, erhebliche Milchknappheit herrschte, läßt sich die jetzt eingehende Milch nicht mehr unterbringen. Da mit Sicherheit anzunehmen ist, daß die Aufwärtsbewegung der Milchpreise auch jetzt noch nicht ihren Abschluß gefunden hat, so ist mit einem weiteren Rückgang des Milchkonsums durch die Bevölkerung zu rechnen und es besteht die Gefahr, daß infolge der übermäßig hohen Preise eine Versorgung der Säuglinge mit dem notwendigen Quantum Milch leidet.

Es verdient festgehalten zu werden, daß jetzt wieder gerade die Kreise, die nicht laut genug für die Aufhebung der Zwangswirtschaft eintreten konnten, jetzt ihre Wiedereinführung fordern. Die Herrschenden sehen jetzt eben, daß es ihnen selbst an den Beuteln geht, sonst würde die butternollebende Verbraucherschaft noch länger mit den Phrasen über die „freie Wirtschaft“ gefüttert werden.

Die Zigarre als Alibi.

Ein eigenartiger Erpressungsversuch wurde im Berliner D-Zug an einem Reisenden verübt. Der Betreffende befand sich in einem Abteil mit einer Dame, die plötzlich von ihm Geld verlangte. Auf die ablehnende Antwort des einheimischen Erstauten wurde die „Dame“ dringlicher und drohte, ihren Begleiter in den Verdacht zu bringen, sie belästigt zu haben, falls er ihrer Forderung nicht willfahren würde. Als auch das nichts half, rief sie sich die Bluse aus und zog die Kottheine. Dem herbeieilenden Zugpersonal gegenüber beschuldigte sie den Reisenden eines belästigenden tätlichen Angriffs. Den Beweis könne man an ihrer Kleidung und ihrem Haar sehen. Die trübselige Lage für den Ueberfallenen wurde indes dadurch gerettet, daß er dem Zugpersonal gegenüber auf die unverkehrte Weise seiner Zigarre hinweisen konnte, die bei einem wirklichen Ueberfall doch kaum an der Zigarre geblieben wäre. Durch diesen Gegenbeweis gelang es, die Erpresserin zu entlarven, die sicherlich mit allen Schiften arbeitete, hier aber ihren Meister gefunden hatte.

Schelmischer Diebstahl muß die Hoch- und Untergrundbahnbenutzer über den neuesten Preisprung trösten. Die hohen Herren erzählen und plakatieren nämlich auch was von billigeren Bocks. Das haben sie zum 1. Oktober auch getan, Bocks hat's aber nicht gegeben. Die Herren sollten ihre Bihe nicht zu oft wiederholen, sonst wirken sie nicht mehr.

Ein englischer Rekord im motorlosen Flug. Von dem englischen Flieger Kanham wurde im Gleitflug ein neuer Rekord aufgestellt. Er blieb nämlich 1 Stunde 53 Minuten in der Luft.

Luftschiffkatastrophe. Das amerikanische Militärluftschiff C. A. ist, als es aus der Halle geschafft wurde, in Brand geraten und völlig zerstört worden. Vier Leute der Besatzung wurden verletzt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und vielmal heiter, zeitweise wolfig, nachts sehr kühl, am Mittag ziemlich mild bei mäßigen östlichen bis südöstlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinarichten.

Die Abteilungs-Schriftführer werden gebeten, über den Verlauf der heutigen ersten gemeinsamen Mitgliederversammlungen einen kurzen Bericht an das Bezirkssekretariat Lindenstr. 3, 2. Hof 2 Tr., einzufolien. Der Bezirksvorstand.

Jungvolkgruppen Gruppe Friedrichshagen. Der 17. Bezirk für Mittwoch angelegte Parteitag findet erst am Donnerstag abends 7 1/2 Uhr in der Gemeindehalle Strogmannstr. 47 statt.

Frühere USPD.

5. Verwaltungsbereich, 15. 16. 17. Bezirk. Donnerstag abend 7 Uhr Sitzung der Kinderkommission der USPD, Potsdamer Str. 4, 15. 16. 17. Bezirk, und Stralau. Die 15 Genossen und Genossinnen die als Mitglieder des Kreisvorstandes vorgeschlagen sind, treffen sich am Donnerstag abend bei Kohn, Gutenberg Str. 19.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Männerchor Friedrichshagen. Freitag, den 20. d. Mts. 8 Uhr treffen sich sämtliche Sangeslieder im „Freischlag“ Franzstr. 95a.

Sport.

Eröffnungsturnen im Sportplatz. Am kommenden Sonntag wird die Winterläufer im Sportplatz mit einem Abtreiben ihren Anfang nehmen. Das Programm bringt als Mittelpunkt ein Stunden-Prämienfahren für 14 Fahrer. Eingeleitet wird der Tag durch ein Eröffnungsfahren mit mehreren Vor- und Zwischenläufen. Ein Mal sowie ein Entscheidungsfahren veranschaulichen das Programm. Es liegen bereits Anmeldungen von 8 holländischen und 4 italienischen Fahrern vor. Auch der amerikanische Oberst wird sein Winterquartier in Berlin aufschlagen. Ebenso wird der australische Röh in aller nächster Zeit nach Berlin kommen. Nach alledem dürfte gleich am Eröffnungstage mit einem ausgezeichneten Sport aufgemartet werden.

Gewerkschaftsbewegung

Französische Gewerkschaftskonferenz.

In der französischen Gewerkschaftsbewegung findet gegenwärtig ein Umwandlungsprozess statt, von dem die Konferenz der Gewerkschaftsvorstände und Delegierten, die am 13. und 14. Oktober in Paris stattfand, Zeugnis ablegt. Die früheren tumultuarische mehr auf Außenwirkung und für den Augenblick berechnete Taktik hat einer ruhigeren, vorausschauenden, auf Dauerwirkung berechneten Methode Platz gemacht.

Dieser Umschwung vollzieht sich schon aus den letzten Jahren, die dem Kriege vorhergingen. Der Krieg hat die Entwicklung aus verschiedenen Ursachen beschleunigt, denn durch die hochentwickelte Welt, die im Jahre 1921 zur Spaltung führte, unterbrochen. Seit der Spaltung hat diese Entwicklung mit verstärkter Kraft eingesetzt. Von den turbulenten und demagogischen Elementen, die einen „revolutionären“ Gewerkschaftsbund gegründet haben, befreit, können die Gewerkschaften sich jetzt der Verteidigung der Arbeiterinteressen widmen.

Die Gewerkschaftskonferenz hatte sich in der Hauptsache mit der Zurückweisung des Generalangriffs der Unternehmer, unterstützt von dem unter dem Bolschewistenführer gewählten reaktionären Parlament und der Regierung, zu befassen. Gegenwärtig stehen die Seeleute im offenen Kampf gegen die Einführung der Registrierungsverordnung, die den Achtstundentag aufhebt. Sämtliche Organisationen der Seeleute, von den Schiffskapitänen bis zu den Mannschaften, gehen gemeinsam vor. Unterstützt werden sie dabei von den Hafenarbeitern. Die Konferenz beschloß die Aktion der Seeleute durch geeignete Maßnahmen, besonders durch finanzielle Beihilfe, zu unterstützen. Es wurde auch ein Antrag angenommen, der an den Internationalen Gewerkschaftsbund das Ersuchen richtet, die internationalen Organisationen zu veranlassen, den Widerstand gegen die verbotene Durchbrechung des Achtstundentags zu organisieren.

In einem ähnlichen Kampfe befinden sich die Eisenbahner, doch ist ihre Verteidigung schwieriger infolge der Zersplitterung der Eisenbahner und deren organisatorische Schwäche. Nach dem von den Kommunisten hervorgerufenen Generalstreik im Frühjahr 1920, der verloren ging, trat ein großer Rückschlag ein. Die Spaltung der Eisenbahner und die Bauarbeiter sind die einzigen Gruppen, die in nennenswerter Zahl der „revolutionären“ Gewerkschaftszentrale angeschlossen sind. Es wurde also die Frage aufgeworfen, ob und wie weit die Gewerkschaften mit den Abgespaltenen, die die „Einheitsfront“ predigen, zusammengehen können. Die Gewerkschaftskonferenz lehnte ein Zusammengehen mit den Abgespaltenen ab. In der angenommenen Resolution heißt es, daß die Tore der Gewerkschaften allen offen stehen, daß aber die Einheit der Arbeiterklasse sich nur in einer Art der Gewerkschaften, die dem Gewerkschaftsbund angeschlossen, vollziehen könne.

Schließlich wurde beschlossen, den nächsten Gewerkschaftskongress nach Paris Anfang 1923 einzuberufen. Er wird sich in der Hauptsache mit Organisationsfragen, mit der Zurückweisung der wirtschaftlichen Reaktion und mit der Umbildung der Wirtschaft und der Arbeiterkontrolle in den Betrieben befassen.

Kapitalistisches Wohlwollen.

Man schreibt uns:

Der Betriebsrat der Firma W. Spindler u. Co., Färberei und chemische Wollanstalt, wollte für die Belegschaft Winterkartoffeln beschaffen. Nach längerer Verhandlung erklärte sich die Firma bereit, den hierzu notwendigen Geldebetrag dem Betriebsrat zu leihen. Den künftigen Arbeitern sollte infolgedessen eine Erleichterung geschaffen werden, als ihnen pro Woche nur der Betrag für je 1/2 Zentner Kartoffeln vom Lohn abgezogen würde. Als nun der erste Wagon Kartoffeln ankam, lehnte die Firma nicht nur dieses versprochene Entgegenkommen ab, sondern auch die teilweise Bezahlung der Kartoffeln überhaupt. Ganz abgesehen von diesen Vorgängen hat die Firma außerdem in einem an den Betriebsrat gerichteten Schreiben eine Entschuldigung verlangt für Abnutzung der Schienen und der Drehscheibe, die sich auf ihrem Grundstück befinden, wie auch für die Beanspruchung der Pferde, die überhaupt nicht gebraucht wurden. Wollte die Firma dabei noch ein besonderes Geschäft machen? Wie sehr muß doch der Firma W. Spindler u. Co. das Wohl ihrer Arbeiterklasse am Herzen liegen, wenn sie in so herabwürdigender Weise ein Zeugnis ihrer Arbeiterwohlwollt ablegt! Es muß ungeheuer schwer sein, von den vielen Millionen, die die Arbeiterklasse der Firma verdient hat, auch nur einen winzigen Bruchteil für die Beschaffung von Kartoffeln zu leihen. In Anbetracht dessen, daß die Hälfte sofort und die andere Hälfte nach Ankunft der Sendung bezahlt werden sollte, mußte der Betriebsrat drei weitere Wagons Kartoffeln abbestellen. Den wirtschaftlich am schwächsten, den künftigen Arbeitnehmern ist nun die Gelegenheit genommen, sich für den bevorstehenden Winter mit Kartoffeln einzudecken. Sie können ja mit ihrem Lohn von circa 2000 M. wöchentlich, den die Firma Spindler zurzeit noch zahlt, die jeweiligen Tagespreise der Kartoffeln bezahlen.

Lohnbewegung der Wachangestellten Berlins.

Unter der Arbeiterklasse Berlins gibt es wohl keine Branche, die mit ihren Löhnen derartig zurückgefallen ist, wie es bei den Wachangestellten der Fall ist. Obwohl die Verantwortung jedes einzelnen Wachters groß ist, werden zurzeit Löhne von monatlich 7700 bis 8000 M. gezahlt. Es war infolge der nunmehr ins Ungeheueren gewachsenen Teuerungserhöhungen notwendig, an die Wachgesellschaften mit neuen Vorschlägen heranzutreten. Es wurden Forderungen in Höhe von 23 000 bis 24 000 M. pro Monat gestellt. Diese Forderungen bezeichnete die Berliner Wach- und Schutzgesellschaft als „fantastisch“.

Wir bemerken dabei, daß leider bei den Abonnenten die Bezahlung auf Widerstand stößt, obwohl doch gerade diese immer Wert darauf legen, nur junge und kräftige Menschen als Wachter ihres Eigentums zu sehen. Es sind oft Millionenwerte, welche dem Wachangestellten anvertraut werden. Bei Wind und Wetter, selbst den Tod nicht scheuend, muß der Wachter seine Pflicht erfüllen. Ein schlecht bezahlter Wachter ist aber auch leicht der Verführung ausgebeugt, wenn die Familie und er selbst Hunger leidet. Das ist Ver-

anlassung genug, um dem Wachangestellten einen Lohn zu zahlen, der den heutigen Verhältnissen entspricht. Wenn die Wachgesellschaften die Wachangestellten zur Verzweiflung treiben, dann dürfen sie nicht überrascht sein, wenn in den nächsten Tagen eine Entladung eintritt. — Die Firmen Harin-al Raschid-Hinterhof-Berg und das Wach- und Sicherheitsinstitut „Monopol“ zahlen bereits ab 16. Oktober die von den Wachangestellten geforderten Löhne. Neuregelungen der Löhne erfolgen bei beiden Firmen am 1. und 15. jeden Monats. Es muß also auch bei den anderen Wachgesellschaften möglich sein, zu Abschließen zu kommen, mit denen die Wachterschaft zufrieden ist. Auskunft über Wachgesellschaften erteilen wir in unserem Bureau, Bayreuther Str. 31, Kurfürst 1832.

Die Sünde gegen — die christliche Gewerkschaft!

Die Arbeiterchaft der Papierfabrik in Hofolpe bei Riedhunden war bisher geschlossen im Verbands der Fabrikarbeiter Deutschlands organisiert. Der katholische Ortsgeistliche setzte nun alle Hebel in Bewegung, um die katholische Gewerkschaft, die Arbeiter zum Uebertritt in den christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverband zu veranlassen. Der Herr drohte den Arbeitern, die aus ihrem Verbands nicht ausstiegen, mit dem Ausschluss aus der Kirche und der Verweigerung der Sakramente.

Die Gewerkschaftsmitglieder in Hofolpe wollten nicht glauben, daß ihr Viktor zu solchen Drohungen berechtigt sei. Sie wandten sich daher mit einem Schreiben an den Bischof in Paderborn.

Der „Profetiarier“, das Organ des Fabrikarbeiterverbandes, hat dieses Schreiben in seiner jüngsten Ausgabe (Nr. 42) veröffentlicht:

„Wir sind seit Jahren Mitglied einer freien Gewerkschaft, aus dem Grunde, weil wir darin unseren größten wirtschaftlichen Vorteil erblicken. Wir haben uns seit Beginn unserer Mitgliedschaft im freien Verbands stets und ständig um gewerkschaftliche Dinge gekümmert. Auch wurde uns von seiten unserer Organisation niemals eine Zumutung gestellt, die gegen unsere katholische Besserung verstoßen hätte. Nun aber ist der Herr Bischof unserer Gemeinde... an uns herangetreten mit dem Verlangen, wir sollten und

müßten der freien Gewerkschaft den Rücken kehren.

Dazu konnten wir uns nicht verstehen, weil wir auch unseren wirtschaftlichen Interessen Rechnung tragen müssen. Wir erblicken in unserer Organisation die beste Vertretung unserer Interessen, ohne dabei zu vergessen, unserem katholischen Glauben in Treue zu dienen. Der Herr Bischof ist nun über unsere Stellungnahme sehr erbittert, was von uns sehr bedauert wird. Nach seinen Äußerungen sollen alle diejenigen, die einer freien Gewerkschaft angehören, von den heiligen Sakramenten ausgeschlossen und aus der Kirche ausgesperrt werden. Es ist anzunehmen, daß er diese Strafen über uns zu verhängen gedenkt.

Wir fragen deshalb den hochwürdigsten Herrn Bischof, ob es zutrifft, daß solche Strafen über uns kommen können, bloß deshalb, weil wir dieser Gewerkschaft angehören. Wir erlauben den Herrn Bischof, uns eine Antwort darauf zu erteilen...“

Die Gewerkschaft über diese Frage liegt uns sehr am Herzen. Wir zeichnen in tiefster Ehrfurcht vor dem Herrn Bischof (sehen Unterschriften).

Vierzehn Tage darauf schickte das Bischöfliche Generalsekretariat, Paderborn (Nr. 5205), die Antwort:

„Daß es den katholischen Arbeitern in Hofolpe nicht gestattet werden kann, den freien Gewerkschaften als Mitglieder anzugehören. Die freien Gewerkschaften schulen ihre Mitglieder für den Sozialismus, wie einwandfrei nachgewiesen werden kann. Es ist außerdem in Hofolpe die Möglichkeit gegeben, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Wenn ein katholischer Arbeiter in Hofolpe trotz aller Aufklärung bei den freien Gewerkschaften verbleibt, so schließt er sich von selbst vom Empfang der Sakramente aus. Wir erwarten, daß die katholischen Arbeiter in Hofolpe die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche höher schätzen als die Zugehörigkeit zur freien Gewerkschaft.“

Hat man je einem Arbeitgeber mit der Ausstoßung aus der katholischen Kirche und der Verweigerung ihrer Sakramente gedroht, weil er einer nicht „christlichen“ Arbeiterorganisation angehört? Das ist freilich schon deshalb nicht der Fall, weil es wohl für Arbeitnehmer, nicht aber auch für Arbeitgeber christliche Organisationen gibt. Diese Spaltung der Interessensvertretung konnte man nur den Arbeitern bieten. Wie lange noch werden sie sich das gefallen lassen?

Betriebsrätschule.

In folgenden Kursen der Betriebsrätschule können sich noch neue Interessenten einschreiben:

Kurs 1: Coppen-Lesung, Weinmehlerstr. 16-17, Wirtschaftspolitisches Heft- und Streifenmagazin (Donnerstag 6 Uhr). Geographische Grundlagen der Wirtschaftspolitik (Freitag 6 Uhr). Zimmernummern siehe an der jeweiligen Tafel am Eingang.

Kurs 2: Betriebsrätschule, Friedrichs-Str. 11, Einführung in die Betriebsrätschule (Donnerstag 8 Uhr, Freitag 6 Uhr, Samstag 10 Uhr).

Kurs 3: Betriebsrätschule, Weinmehlerstr. 16-17, Die Unternehmung als Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft (Donnerstag 8 Uhr, Freitag 6 Uhr, Samstag 10 Uhr).

Kurs 4: Betriebsrätschule, Weinmehlerstr. 16-17, Die Unternehmung als Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft (Donnerstag 8 Uhr, Freitag 6 Uhr, Samstag 10 Uhr).

Kurs 5: Betriebsrätschule, Weinmehlerstr. 16-17, Die Unternehmung als Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft (Donnerstag 8 Uhr, Freitag 6 Uhr, Samstag 10 Uhr).

Kurs 6: Betriebsrätschule, Weinmehlerstr. 16-17, Die Unternehmung als Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft (Donnerstag 8 Uhr, Freitag 6 Uhr, Samstag 10 Uhr).

Kurs 7: Betriebsrätschule, Weinmehlerstr. 16-17, Die Unternehmung als Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft (Donnerstag 8 Uhr, Freitag 6 Uhr, Samstag 10 Uhr).

Kurs 8: Betriebsrätschule, Weinmehlerstr. 16-17, Die Unternehmung als Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft (Donnerstag 8 Uhr, Freitag 6 Uhr, Samstag 10 Uhr).

Kurs 9: Betriebsrätschule, Weinmehlerstr. 16-17, Die Unternehmung als Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft (Donnerstag 8 Uhr, Freitag 6 Uhr, Samstag 10 Uhr).

Kurs 10: Betriebsrätschule, Weinmehlerstr. 16-17, Die Unternehmung als Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft (Donnerstag 8 Uhr, Freitag 6 Uhr, Samstag 10 Uhr).

Kurs 11: Betriebsrätschule, Weinmehlerstr. 16-17, Die Unternehmung als Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft (Donnerstag 8 Uhr, Freitag 6 Uhr, Samstag 10 Uhr).

Kurs 12: Betriebsrätschule, Weinmehlerstr. 16-17, Die Unternehmung als Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft (Donnerstag 8 Uhr, Freitag 6 Uhr, Samstag 10 Uhr).

Kurs 13: Betriebsrätschule, Weinmehlerstr. 16-17, Die Unternehmung als Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft (Donnerstag 8 Uhr, Freitag 6 Uhr, Samstag 10 Uhr).

Kurs 14: Betriebsrätschule, Weinmehlerstr. 16-17, Die Unternehmung als Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft (Donnerstag 8 Uhr, Freitag 6 Uhr, Samstag 10 Uhr).

Aus der Partei.

Der Landesvorstand der USP. Badens stellt entgegen der Behauptung der „Roten Fahne“ in Berlin, daß die Ortsgruppen der USP. Badens die Verschmelzung mit der SPD. ablehnten und die Ortsgruppe Sandhofen mit 40 Mitgliedern geschlossen zur Kommunistischen Partei übergetreten sei und sämtliche Mitglieder das kommunistische Parteiblatt bestellten, die Tatsache fest, daß noch nicht ein Duzend Unabhängige in Sandhofen der Kommunistischen Partei beigetreten sind. Ebenso verhält es sich mit dem „Uebertritt“ in Vahr und an dem Uebertritt in Friedrichsfeld, mit dem die Kommunisten in den Betrieben prahlen, auch an ihnen ist kein wahres Wort.

Die „Pfälzische Presse“ für die Nord- und Westfalen in Kaiserlautern erschien am 14. Oktober zum ersten Male im eigenen Heim und auch in einem neuen Gewand. Damit ist ein langjähriger Wunsch der Genossen der Westfalen in Erfüllung gegangen. Vor 18 Jahren trennte sich die Ludwigshafener „Pfälzische Post“ von der Rheinischen „Volkstimme“ und nun hat das bisherige Kopieblatt der „Pfälzischen Post“, die „Pfälzische Presse“, sich ebenfalls auf eigene Füße gestellt.

Die deutschösterreichische Sozialdemokratie hat bereits 553 022 Mitglieder. Österreich ist das einzige Land, in dem jeder sechste Einwohner in den sozialistischen Gewerkschaften und jeder zwölfte in der Sozialdemokratischen Partei organisiert ist. Die Parteipresse umfaßt in dem kleinen Lande, das neben Wien nur noch eine Stadt mit über 100 000 Einwohnern hat (Graz) sieben Tageszeitungen, elf Zeitungen, die dreimal, zweimal und einmal in der Woche in einer Gesamtauflage von 488 000 Exemplaren erscheinen. Daneben erscheinen mehr als fünfzig Gewerkschaftsblätter mit einer Auflage von 1 100 000 Exemplaren, dann eine Fülle von Zeitschriften, die der politischen, wissenschaftlichen, pädagogischen und ethischen Aufklärung dienen; das wissenschaftliche Organ der Partei, der „Kampf“, der „Betriebsrat“ und „Werkstatt und Wirtschaft“, die der Beobachtung der gewerkschaftlichen Probleme dienen, dann die Monatshefte der Konsumgenossenschaft, die „Sozialistische Erziehung“, die Eltern- und Kinderzeitschriften der Kinderfreunde, die „Freie Schule“, das Organ des sozialdemokratischen Schulvereins, der „Jugendliche Arbeiter“, der „Freidenker“, der „Abstinenz“ und eine ganze Reihe Sportblätter. Die Parteibuchhandlung hat im vergangenen Jahre 36 Bücher und Broschüren in einer Auflage von mehr als 335 000 Exemplaren herausgegeben: eine respektable Zahl in Anbetracht der wirtschaftlichen Räte des Landes! Weit mehr als zehntausend Versammlungen wurden im Berichtsjahr abgehalten; in dem kleinen Burgenland allein nur während der fünfwoöchigen Wahlbewegung an die dreihundert! Die Zentralkomitee für das Bildungswesen organisierte allein in Wien 121 Schulen für alle Zweige des politischen Wissens, die 1790 Abende erforderten; daneben viele hunderte Einzel- und Lichtbildervorträge. Der Verband der jugendlichen Arbeiter vermittelte im vergangenen Jahre 8431 Vorträge und Vorlesungen, nebst Führungen in Museen, an denen an die dreihunderttausend Genossen teilnahmen. Die Kunststelle veranstaltete allein in Wien 409 Theateraufführungen und Konzerte von künstlerisch erstem Wert, die von annähernd 400 000 Personen besucht waren. Die Zahl der Arbeiterzentralbüchereien entliehenen Bücher betrug im letzten Jahre 302 339; sie ist um die Hälfte größer als im letzten Friedensjahre.

Table with 3 columns: Lot numbers, Prizes, and Winning numbers. Includes text: „Gewinn-Auszug der 20. Preuß.-Städt. (246. Preuß.) Klassen-Lotterie“

Verantwortlich für den Inhalt: Carl Heise, Berlin; für Anzeigen: H. Gluck, Berlin. Verlag: G. m. b. H. Berlin. Druck: Hermanns-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt: Carl Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

VSPD. 92. Abt. Neukölln Bezirk 33. Unter Genosse Alfred Klepzig... Heinrich Trapp, Beuthstr. 10, Spittelmarkt.

Gold-Silber-Platin-Bruch-Gegenstände, Quecksilber. Heinrich Trapp, Beuthstr. 10, Spittelmarkt.

Manierstoffe. Illa Dehmel, Neukölln. 300 M. zahlen wir Gold. M. ZEISKE, Berlin O., Schreinerstr. 32.

Preiswert: Leder. Berthold Kuttner, Lederhandlung, BERLIN SO 26, Reichenberger Str. 14.

Gold Silber-Platin Gegenstände, Bruch Zahngebisse. Gebrüder Fahrman, Nollendorferstr. 39.

Von unten auf. Ein neues Buch der Freiheit. Gefan. m. u. gestaltet von Franz Diederich.

Resthandlg. Haarpuder. Goldstr. 2. Bettwäsche. Eckerbrecht.

Korbmöbel. M. ZEISKE, Berlin O., Schreinerstr. 32.

Platin-, Gold- und Silberbruch. M. ZEISKE, Berlin O., Schreinerstr. 32.

Einkauf von Brillanten. Schapiro, Neue Königstr. 19a, im Zoben.

Seit 70 Jahren. Dr. Strauß, Haussaibe bei Hasi.

Buchhandlung Vorwärts. Berlin SW 68, Lindenstr. 2.